



Politik 2029

Whitepaper zur Zukunft von Regierung
und politischer Kommunikation

Vorwort

C • Willkommen im Jahr 2019

Blicken wir zurück auf die Entwicklung der politischen Kommunikation, auf den Wandel der Rahmenbedingungen von Politik und Regierungsarbeit in den 20er Jahren.

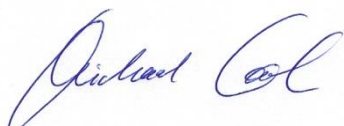
In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Feld der politischen Kommunikation in nahezu jeder Hinsicht drastisch verändert. Die Allgegenwart digitaler Technologie hat sich als ein zentraler Faktor erwiesen, weitere Faktoren – von der Demografie bis zur Urbanisierung – treten hinzu. Gemeinsam haben sie im Laufe der 20er Jahre die politische Normalität verändert. Die Erwartungen der Beteiligten, der Bürger ebenso wie der Mandatsträger und Verantwortlichen in Verwaltungen auf allen Ebenen, haben sich erheblich verändert. Dies führt zu neuen Selbstverständlichkeiten und Umgangsformen, politischen Strategien und gesellschaftlichen Diskussionen. Diesen Wandel zeichnet dieses Whitepaper vor. Aus Sicht der Zukunft blicken wir zurück und zeigen in zehn Kapiteln ein vielschichtiges Bild der von Politik und Gesellschaft in den 20er Jahren auf.

Dieses Zukunftsbild zielt darauf, eine Debatte zu beginnen. Sprechen wir über die Zukunft! Streiten wir darüber, wohin 2019 bereits deutlich sichtbare Entwicklungen führen. Entscheiden wir uns für hier beschriebene Zukunft – oder erkennen wir, dass wir eine andere Zukunft für erstrebenswerter halten. Aber gestalten wir sie aktiv und selbstbewusst.

Unser ausdrücklicher Dank geht an Bearing Point. Dieses Whitepaper wird zum 24. Ministerialkongress 2019 erstmals veröffentlicht.

Dieses Whitepaper wäre ohne den Einsatz von Philipp Nilgen aus dem carl institute nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür!

Leipzig, August 2019



Michael Carl

carl institute for human future

Director

C Inhalt

1. Die Faktenlage: Es ist kaum mehr möglich, Fakten und Fakes voneinander zu unterscheiden	4
2. Politische Kommunikation: Digitale Sichtbarkeit ist der Schlüssel zu erfolgreicher politischer Kommunikation	5
3. Filterblasen: Die individualisierte politische Debatte.....	6
4. Volatile Werte: Der Wettstreit der Werte wird abgelöst vom Wettstreit der Algorithmen.....	7
5. Künstliche Intelligenz: Integration in ein Zukunftsbild	8
6. Leistungsfähige Verwaltung: Taskforce Verwaltung	9
7. Partizipation: Erfolgsfaktor Beteiligung	10
8. Die flexible Legislatur: Die Dauer des Mandats folgt den Themen des politischen Betriebs	11
9. Umfassende Transparenz: Der Abgeordnete meiner Wahl	12
10. Klimakatastrophe, Wandel der Arbeit, Digitalisierung, Generationenvertrag, nationale Identität: Die politischen Themen der 20er.....	13

1. Die Faktenlage

Es ist kaum mehr möglich, Fakten und Fakes voneinander zu unterscheiden

Lügen, Vertuschung und Manipulation waren bereits Anfang der 20er Jahre fester Teil der öffentlichen und politischen Debatte. Noch bevor der Wahrheitsgehalt von Aussagen, Statistiken, Bewegtbild- und Tonaufnahmen untersucht und Ergebnisse veröffentlicht werden konnten, prägten diese bereits die jeweilige Debatte. Information wirkt, unabhängig vom Faktengrad. Manipulierte Ton- und Bildaufnahmen von Personen des öffentlichen Lebens, sogenannte Deep Fakes, sind eine Quelle ständiger Krisen und selbst heute, im Jahr 2029, mit aktueller Technologie nur mühsam zu identifizieren. Der Einsatz von Kommunikationsbots auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft hat die Menge des Datentransfers und damit auch die Verbreitung von Falschinformationen stark erhöht. Redaktionen setzen stärker als noch in den 10er Jahren auf Datenjournalismus und bauen dementsprechend ihre Redaktionshäuser um. Sie gelten 2029 zusammen mit Gerichten als die Faktenchecker der Gegenwart - langsam, aber leistungsfähigere Alternativen sind nicht in Sicht. Lernende Algorithmen haben sich hier zwar teilweise als hilfreich erwiesen, hängen aber in ihrer Lernkurve den kreativen Prozessen der Schaffung von originalem und vermeintlich originalem Material systembedingt hinterher und erweisen sich immer wieder als anfällig für Bias-Probleme.

Eine Konsequenz: In weiten Teilen der Bevölkerung ist ein Gewöhnungseffekt gegenüber Falschinformationen zu verzeichnen; ein Gefühl der Indifferenz gegenüber Fakten und Fakes ist gewachsen. Es ist vielen schlichtweg egal, ob eine Information gut gefunden oder gut erfunden ist. Menschen schreiben Fakten und Aussagen umso mehr Wahrheit zu, je stärker sie die Identität der Datenproduzenten und Datenmultiplikatoren teilen. Je mehr Identitäten mit einer Person geteilt werden, die eine Aussage trifft oder verbreitet, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Information vertraut und ihr zugestimmt wird.

Dieser Effekt hat für den politischen Betrieb enorme Sprengkraft. Fakten werden zustimmungspflichtig – und damit verhandelbar. Die gemeinsame Identität bestimmt die politische Wahrheit. Sie herzustellen, darauf zielt das politische Handeln. Treiber sind der Umfang der Datensammlung, also die Kenntnis der Identitäten der Wähler und das Zukunftsbild des politischen Akteurs. Entsprechend vielfältig, volatil und agil sind die Bevölkerungsgruppen, die entstehen und vergehen.

Im Laufe der 20er Jahre ist so das Mobilisierungspotential unabhängiger gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Akteure stark gestiegen. Als Vorreiter dieser Entwicklung gelten Gruppierungen und Akteure der späten 10er Jahre: Fridays for Future, Pegida, Rezo. Das Mobilisierungspotential dieser Akteure bestimmt die politische Kraft ihrer Themen. Sie kommen, treiben Mandatsträger in die Defensive, prägen Wahlen, gehen, aber der klassische politische Betrieb hat sich auch im Laufe der 20er Jahre kaum darauf einstellen können, mit diesen thematischen Konjunkturen umzugehen. Sie haben sich systemisch bedingt kaum über die Identitätspolitik des Jahres 2020 hinaus entwickeln können, die noch auf die tatsächliche oder vermeintliche Identität homogener und stabiler Gruppen zielte.

2. Politische Kommunikation

Digitale Sichtbarkeit ist der Schlüssel zu erfolgreicher politischer Kommunikation

Systeme künstlicher Intelligenz sind inzwischen alltäglich präsent, im professionellen wie im privaten Umfeld. Segment für Segment hatten persönliche digitale Assistenzsysteme Einzug gehalten. Zunächst hatten Menschen begonnen, ihren persönlichen Mobilitätsmix in Echtzeit zusammenstellen zu lassen, dann Finanzen, Bildung, Gesundheit und Einkaufen. Der Ablauf war stets derselbe: Anfänglich eher leere Systeme lernen durch die Beobachtung des einzelnen, identifizieren seine Vorlieben, Bedürfnisse und Stile und beginnen selbsttätig in ihrem Feld tätig zu werden; erst Vorschläge zur Anregung des Nutzers, dann Stück für Stück auch in dessen Namen Dritten gegenüber. Die großen, früher marktbeherrschenden Vergleichsportale wie Booking.com und check24.de haben ihr Geschäftsmodell bereits Mitte der 20 Jahre grundlegend umgestellt. Wessen Assistenzsystem mit jedem einzelnen Hotel Münchens oder Berlins gleichzeitig im Detail über Preis, Leistungspakete und AGB verhandeln konnte, der hatte schlicht keine Verwendung mehr für Empfehlungen, Vorsortierungen und provisionspflichtige Suchalgorithmen.

Natürlich: Wenn jeder Reisewillige mit sämtlichen theoretisch verfügbaren Unterkünften einer Region kommuniziert, wächst das Kommunikationsaufkommen für den einzelnen Anbieter exponentiell. Die Angst, digital unsichtbar zu werden, trieb Anbieter branchenübergreifend schon seit 2022 dazu, selbst ebenfalls digitale Assistenzsysteme einzusetzen und diesen die Kundenkommunikation zu übergeben. Massenhaft spezifische und individuelle Informationen in Echtzeit, bereits abgeglichen mit den eigenen Bedürfnissen und Vorlieben, das ist inzwischen die selbstverständliche Erwartungshaltung vieler Menschen. Zur Überraschung der politischen Kampagnenmanager alten Schlags bezieht sich diese Erwartung längst auf den politischen und gesellschaftlichen Raum.

Man hätte es bereits um das Jahr 2020 herum ahnen können. Schon die elektronische Kommunikation per Hand erleichterte es erheblich, in Einzelfragen mit zahlreichen Mandatsträgern zu kommunizieren. Und auch wenn der eine oder andere Abgeordnete hinter dem sprunghaften Anstieg von Zuschriften und Kommentaren Kampagnen der großen Digitalunternehmen zu erkennen meinte, dies war nur der Anfang und löst 2029 bestenfalls ein müdes Lächeln aus.

Das zentrale Thema der politischen Kommunikation 2029 ist die Sichtbarkeit. Mitgliederstärke und Tradition eines Parteiapparats sichern nicht mehr zuverlässig politische Aufmerksamkeit. Der einzelne Mandatsträger rückt in den Vordergrund – und vermag dort nur zu verbleiben, wenn er durchgängig, schnell und spezifisch mit Bürgern kommuniziert. Präzise in jedem Einzelfall, zugleich in der Lage, größte Mengen von Dialogen gleichzeitig zu führen. Wer nicht Stellung nimmt, Argumente abwägt, lernt, Konsequenzen aufzeigt und vor allem: direkt antwortet, versinkt in der digitalen Unsichtbarkeit. Diejenigen, die bereits Mitte der 20er Jahre begonnen hatten, ihre politischen Assistenzsysteme zu trainieren, haben in zwischen einen Vorsprung, der kaum noch einholbar erscheint.

3. Filterblasen

Die individualisierte politische Debatte

Der Bundestag und mehr noch der Bundesrat erscheinen heute, im Jahr 2029, in gewisser Weise wie Relikte aus einer vergangenen Zeit. Hier wird immer noch der Primat des gesprochenen Wortes hochgehalten, und mehr noch: Hier treffen unterschiedliche Perspektiven und Gesellschaftsbilder aufeinander, hier erweist sich die Kraft des gepflegten, informierten und konstruktiven, gelegentlich lautstarken Streits, Meinungsbildung live. Ein Phänomen, das allerdings nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass sich die politische Kommunikation jenseits der Plenarsäle grundlegend gewandelt hat. Der eine breite Strom der Diskussion hat sich aufgeteilt in zahllose Arme, Kanäle, Verzweigungen und Verbindungen, die sich öffnen und auch wieder schließen. Die Öffentlichkeit hat kein Plenum, sie ist zu einem Netzwerk aus Punkt-zu-Punkt-Verbindungen geworden.

Im Laufe der 20er Jahre war diese Entwicklung zunächst als Abstieg kritisiert worden. Die Parteien und politischen Institutionen hatten deutlich spürbar an Anziehungs- und Bindungskraft verloren, sogar für die Abgeordneten selbst. Fraktionen und deren Strukturen haben inzwischen eher eine Servicefunktion, bereiten Themen auf, unterstützen logistisch, technisch, infrastrukturell. Immer wieder wechseln einzelne Abgeordnete den Dienstleister; früher hätte man gesagt: die Fraktion und das politische Lager. Aber die Lagerfeuer der Peer-Groups und die Chat-Bubbles in sozialen Netzwerken rückten immer weiter auseinander. Die grundlegenden gesellschaftlichen Fragen wurden in abgeschotteten Räumen verhandelt, die untereinander kaum noch kommunikationsfähig waren.

Im Rückblick wird sehr deutlich: Diese Entwicklung war eine direkte Folge der wachsenden Komplexität und Unübersichtlichkeit in der Gesellschaft. Zugleich hat sie selbstentscheidend dazu beigetragen, eben diese Unübersichtlichkeit weiter zu befeuern. Die Anzahl der Anbieter von Sinn und Deutungszusammenhang stieg exponentiell und sie wächst weiter. Was sich hinter der eigenen Blase befindet, ist im Zweifel für mich ohnehin nicht relevant.

Heute spielt der Begriff „Filterblase“ allerdings kaum noch eine Rolle, die individualisierte politische Kommunikation ist schlicht zur Normalität geworden. Die Abgeordneten in Bundestag und Landesparlamenten sind direkter Teil dieser individualisierten Punkt-zu-Punkt-Interaktionen, unterstützt von ihren digitalen Kommunikationsmanagementsystemen. Eine digitale Bürgersprechstunde 24/7. Sie erleichtert in erheblichem Maße die Öffentlichkeitsfunktion der Abgeordneten, da sie nicht nur die Bürger in Echtzeit informieren, sondern auch direktes Feedback erhalten, das wiederum zeitnah in Debatten einfließt. Der Bürger, vertreten durch digitale Assistenzsysteme, sitzt nun mit den von ihm gewählten Abgeordneten im Bundestag und trägt so direkt zur politischen Willensbildung bei. Mandatsträger sind, im Gegenzug, ebenso unmittelbar in die Aktionen von Interessengruppen und Aktivisten integriert. Die gewonnene Transparenz der politischen Arbeit, die effektivere Meinungsbildung, die höhere Bindung der eigenen Wähler, das verstärkte Interesse am politischen Betrieb und die damit verbundene steigende Wahlbeteiligung sind Vorteile, die die demokratische Gesellschaft vom Einsatz der Technologien im politischen Betrieb überzeugt haben.

4. Volatile Werte



Der Wettstreit der Werte wird abgelöst vom Wettstreit der Algorithmen

Früher, also in der Zeit bis ungefähr 2023/24, war es noch vergleichsweise einfach gewesen, sich politisch zu orientieren. Der Wettstreit um die Werte wurde zwar hart geführt, aber die Lager waren leicht zu erkennen und immer klarer voneinander abzugrenzen. Die vormaligen Parteien der politischen Mitte hatten dem Druck von den Rändern zwar schon nicht mehr standhalten können; die Anliegen der industriellen Arbeiterschaft, ob katholisch oder gewerkschaftlich geprägt, durften als gelöst gelten. Wo es sie noch gab, war sie jedenfalls kein Opfer von Ausbeutung mehr. Doch spätestens nachdem die Neuen Rechten in den Parlamenten jede Zurückhaltung abgelegt hatten und aus ihrer Absicht keinen Hehl mehr machten, die freiheitliche durch eine autokratische Gesellschaft ersetzen zu wollen, konnte sich nahezu jeder Bürger zweifelsfrei politisch in einem stimmigen Wertekosmos verorten. Eine Integrationskraft der Lager nach innen, die in der zweiten Hälfte der 20er Jahre geschwunden ist.

Dieser Schwund an Bindungskraft lässt sich deutlich an der veröffentlichten politischen Meinung nachzeichnen. Die Auflagen der Tageszeitungen waren stetig und immer schneller gesunken; 2027 war zum letzten Mal eine frei finanzierte Tageszeitung auf Papier gedruckt worden. Zwei große Stiftungen erhalten heute je eine nationale Tageszeitung aufrecht; die Wirkung ist so überschaubar wie der finanzielle Aufwand groß. Die großen politischen Leitartikel sind zwar geschliffen formuliert – an selbsternannten Edelfedern ist kein Mangel –, sie sind in ihrer Unbeweglichkeit aber vor allem ein Nachhall alter Zeiten.

Medienhäuser und Redaktionen erleben seit Mitte der 20er Jahre einen Rollenwandel in ihrer journalistischen Funktion sowie auf dem Informationsmarkt. Die neutrale Berichterstattung, die Einordnung von Geschehnissen und die Vermittlerfunktion zwischen Bürger und dem politischen Betrieb gerät aus dem Fokus. Eine gewisse Zeit hatten die Unternehmensberater die Medienhäuser dazu gedrängt, sich dem Check von Fakten zu verschreiben und sich zu einer identitätsstiftenden Wahrheitsinstanz zu entwickeln. Ein Versuch, der in derselben Sackgasse endete wie die klassische Nachrichtenberichterstattung: Das Publikum war nicht mehr gewillt, sich auf Dauer einem statischen Lager zuzuordnen. Es war ohnehin kaum noch gewillt, Publikum zu sein.

Die Medienhäuser des Jahres 2029 sind im Kern Datenveredler. Sie machen Daten verfügbar, ihre Nachrichtenströme sind das Futter für die immer zahlreicheren politischen Algorithmen, die Daten zu Positionen, zu Haltungen, zu Lösungen integrieren. Eine durchaus dankbare Rolle, wenn auch die Medienhäuser nicht das einzige Futter dieser Algorithmen liefern. Daten sind demokratisiert, zumindest insofern als jeder Daten erzeugen, verbreiten, auswerten kann. Wertegemeinschaften bilden sich nur noch auf Zeit und zu einem bestimmten Anlass. Sie sind schnell, laut und im Kern fragil. Der entscheidende politische Wettstreit ist ein Wettbewerb der Algorithmen geworden. Wessen Systeme schneller, integrativer, schlüssiger und anschlussfähiger arbeiteten, dessen Initiativen haben eine deutlich bessere Aussicht, politische Mehrheiten zu gewinnen. Der Wettstreit der Werte ist abgelöst.

5. Künstliche Intelligenz

C ● Integration in ein Zukunftsbild

Systeme künstlicher Intelligenz, aus Arbeitswelt, Privatleben und Gesellschaft längst nicht mehr wegzudenken, haben die Kommunikation grundlegend verändert. Sie haben die Ansprüche an Reaktionstempo, Präzision und Qualität von Interaktion sprunghaft verändert. Sie sind selbstverständlicher Partner geworden. Der folgenreichste Schritt im politischen Bereich liegt allerdings auf einer anderen Ebene: Systeme künstlicher Intelligenz erschließen die Dimension Zukunft für die politische Diskussion. Die Algorithmen integrieren Einzelmaßnahmen in ein Gesamtbild von Zukunft. Das wird damit besprechbar. Dies ist die zentrale Leistung von Technologie in der Politik der 20er Jahre, die ihre Wirkung bis heute im Jahr 2029 entfaltet.

Damit verlagert sich der Bezugsrahmen politischer Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen. Ein Effekt, der bereits auf unternehmerischen Kontexten vertraut war. Lernende Algorithmen gehören seit Anfang der 20er Jahre für Unternehmen mit zu den wichtigsten Werkzeugen. Sie ermöglichen ihnen, in einer immer komplexer werdenden, datengetriebenen Welt auf allen Ebenen handlungsfähig zu bleiben. Sie versetzen Unternehmen in die Lage, nicht mehr nur Vergangenheit und Gegenwart zu messen und in Bilanzen, Fehleranalysen und Qualitätsmanagementsystemen abzubilden. Sie erschließen die Zukunft für eine belastbare Strategie neuen Typs, indem sie den Erfahrungswerten den Bewertungsmaßstab Zukunftsbild an die Seite stellten. Noch vor zehn Jahren galt die Zukunft einer Branche, einer Produktgruppe, eines Unternehmens als zu komplex, um sie detailliert und nüchtern zu erfassen. Die letzte Hochzeit für das Bauchgefühl von Managern und Beratern alten Schlags. Zur Schau gestellte Hemdsärmeligkeit ersetzte präzise Analyse. Es ist erstaunlich, wie wenige Jahre dies nur zurückliegt. Kein Investor käme heute noch auf den Gedanken, seine Entscheidungen auf einer solchen Grundlage zu fällen. Es fasst ja auch niemand das Lenkrad eines fahrenden Autos an, nur weil er früher einmal einen Führerschein erworben hat.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre hat sich hieraus eine selbstverständliche Erwartungshaltung entwickelt, zunächst der politischen Akteure selbst, später auch der Bevölkerung. Jede Maßnahme – vom Gesetzespaket zum Bundeshaushalt bis hin zum Gemeinderatsbeschluss – wird daraufhin abgeprüft, welche Zukunft sie wahrscheinlicher macht. Eine Abwägung, die tagesaktuell erfolgt; jede Veränderung der Rahmenbedingungen führt zu einer Neubewertung der Daten. Im Ergebnis ist hier de facto ein permanentes Qualitätsmanagement politischer Entscheidungsfindung entstanden. Die Gesellschaft erhält ein ständiges Feedback darüber, wie präzise ihr Bild der Zukunft war, wie genau ihre Entscheidungen darauf abgestimmt waren und wie sehr sie einen Beitrag zu einer gewünschten Entwicklung geleistet haben.

Um die Algorithmen zu trainieren, wurden sie in Pilotprojekten auf kommunaler Ebene in ganz Deutschland eingesetzt und entlasteten dort zunächst die örtlichen Verwaltungsbehörden im operativen Bereich. In dieser Phase analysierten die Entwickler die Entscheidungen der Algorithmen, führten immer wieder Anpassungen durch und erweiterten stetig die Datengrundlage. Nach einigen Monaten des Trainings waren die Maschinen immer präziser in der Lage, Vorhaben, Gesetze und Initiativen daran zu messen, welchen Beitrag sie im komplexen System der kommunalen Gesellschaft dafür leisten, diese auf ein bestimmtes Zukunftsbild hin zu entwickeln. Das Zukunftsbild ergab sich jeweils aus den verschiedenen politischen Akteuren, die den Regierungsauftrag vor Ort erhalten haben.

6. Leistungsfähige Verwaltung

C • Taskforce Verwaltung

Für die Verwaltungen markiert das Jahr 2027 einen Einschnitt. Im Sommer dieses Jahres hatte zum ersten Mal ein Landkreis in Deutschland öffentlich erklärt, den Verwaltungsbetrieb in Gänze einzustellen. „Berliner Status erklären“ hatte sich schnell als gängiger Begriff etabliert, eine Reminiszenz an die legendären Zustände in den Verwaltungen der Hauptstadt vor 15 Jahren. Damals hatten die Bürger zum ersten Mal in ganz grundlegenden Alltagsfragen ein Gefühl dafür entwickelt, wie sich ein geregeltes Alltagsleben mit einer in Teilen nicht funktionsfähigen Verwaltung verträgt. Kaum, war die Erkenntnis. Mit altvertrauten Strukturen gelingt es immer weniger, einen funktionierenden Verwaltungsapparat vorzuhalten. Der Fachkräftemangel, eine komplexer werdende Gesellschaft und die Digitalisierung mit einem immer größeren Aufkommen von Datenmengen – die Faktoren sind lange bekannt. Im Wettstreit um Mitarbeiter hat der Verwaltungsapparat in der Regel das Nachsehen, auch 2029, trotz zahlloser Projekte zur Verbesserung der Betriebskultur, Organisationsentwicklungsmaßnahmen und Zertifikate. Die Fronten sind geklärt durch die Wahl der Waffen: Auf der einen Seite eine veraltete Unternehmenskultur, museal anmutende Arbeitswerkzeuge und eine schon im Vergleich zu privaten Standards kaum umgesetzte Digitalisierung; auf der anderen Seite agile Projektstrukturen, Sinnerleben und der Zugriff auf moderne Technologien. Ein Kampf der Epochen, den die Behörden auf staatlicher Seite nur verlieren konnten.

Die Fachkräftekrise hatte Mitte der 20er Jahre mit dem Beginn der Massenverrentung der Babyboomer-Generation ihren Höhepunkt erreicht. Insbesondere kleinere Kommunen in ländlichen Gebieten traf diese Entwicklung hart. Im Regelfall teilten sich mehrere Kommunen die behördlichen Aufgaben. Viele Mitarbeiter übernahmen zeitgleich Projekte unterschiedlicher Behörden verschiedener Kommunen. Die erwartbaren Konsequenzen: Verlängerte Verwaltungsprozesse, Anstieg der Fehlerquote sowie der Krankmeldungen und Kündigungen, bis hin zum punktuellen Stillstand. Um die Grundversorgung gewährleisten zu können, begannen die Kommunen, auch die Prozesse und Services zu automatisieren, die kurz zuvor noch als genuin menschliche Aufgabe beschrieben worden waren. Diejenigen Bürgermeister, die dies anfänglich als Übergangslösung für wenige Jahre verniedlicht hatten, tun sich inzwischen immer schwerer in der Kommunikation. Ein Teil der Bürger wartet auf das Ende der Übergangszeit, für die meisten übrigen gelten sie als Fortschrittsverhinderer – es ist unbequem zwischen allen Stühlen.

Gemischt human-digitale Teams sind schon mehrere Jahre Alltag im Verwaltungsbetrieb. Die Bundesdruckerei hatte sich bereits Anfang der 20er Jahre geschickt mit Blockchain-basierten Lösungen positioniert. Sie betreibt heute de facto das Identitätsmanagement ganzer Bundesländer und koordiniert die Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungseinheiten. Als überraschend zukunftsorientiert erweist sich das Prinzip des Berufsbeamtentums, genauer: die Option der Dienstherren, Beamte deutlich freier als Angestellte mit neuen Aufgaben an anderen Orten betrauen zu können. Inzwischen haben sich spezialisierte Beamten-Teams herausgebildet, die sich als mobile Taskforce mit eigener Infrastruktur darauf spezialisiert haben, verwaiste Einheiten ohne nennenswerte Vorlaufzeit übernehmen zu können. In diesen Teams zeichnet sich an der Schwelle zum vierten Jahrzehnt eine bemerkenswerte Tendenz ab: Gerade hier steigt die Bereitschaft der Mitarbeiter, deutlich über die altvertraute Pensionsgrenze hinaus zu arbeiten. Die Aussicht auf eine sinnstiftende Tätigkeit überwiegt ganz offensichtlich die Perspektive, sehr viele Jahre beschäftigungslos zu sein. Die deutlich längere Beschäftigung ist eine der wenigen Optionen von Arbeitgebern, dem allgemeinen Mitarbeitermangel entgegenzuwirken. Sie scheint eben dort besonders zu greifen, wo Herausforderungen warten und Flexibilität gefordert ist.

7. Partizipation

C • Erfolgsfaktor Beteiligung

Jeder Bürger beteiligt sich pro Jahr im Durchschnitt an elf Volksbegehren, Volksentscheiden, Einzelabstimmungen. Genauer: Er könnte es. Die Wahlbeteiligung ist in den zurückliegenden Jahren nicht so stark gestiegen wie die Anzahl der Initiativen und Projekte. Allein durch die schiere Menge der Wahlaufufe scheint die Wahlbeteiligung kontinuierlich zu sinken. Das Erreichen des nötigen Quorums wird immer häufiger zu einer fast unlösbaren Aufgabe für die Initiatoren, auch bei Themen, die über Wochen und Monate eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Aber nationale Erregung, Stimmungslage, Meinungsbild zählen nicht, wenn es formal um eine Angelegenheit in regionaler Zuständigkeit geht. Eine Schiefelage, die immer deutlicher zu Tage getreten ist. Regionale Entscheidungen wirken sich überregional und auch international aus. Die Effekte lassen sich inzwischen präzise messen und beschreiben. Der vergebliche Versuch, die letztlich vergiftete Debatte über die letzten Braunkohle-Standorte in NRW durch einen sauber aufgesetzten Beteiligungsprozess zu lösen, darf als gescheitert gelten. Ein Mechanismus, der wenige Jahre zuvor bei Stuttgart21 noch erstaunliche Wirkung gezeigt hatte und gerade durch seinen formalen Charakter eine verfahrenere Situation zu öffnen vermochte, lief jetzt ins Leere. Zu offensichtlich – eben: messbar – war hier, dass ein großer Teil der Stakeholder mangels Wohnsitzes in NRW gar nicht zur Beteiligung aufgerufen war. Und das Muster wiederholte sich: Autobahnbau, Planung von Stromtrassen, selbst Aufforstungsprojekte. Die Betreiber von Kernkraftwerken erhielten eine späte Quittung für die vermeintlich entlastende Entscheidung, Kraftwerke überdurchschnittlich häufig an Grenzen zu errichten. Ob Energieversorgung, Mobilität, Luftreinhaltung, Klimaschutz: Die Wirkungszusammenhänge waren immer schon komplex gewesen. Aber im Laufe der 20er Jahre wurden sie Stück für Stück präziser greifbar, begleitet von einem immer grenzenloseren gesellschaftlichen Engagement, gerade im Digitalen.

Heute, im Jahr 2029, dürfen wir nüchtern feststellen: Komplexe Entscheidungen und mehr noch die Realisierung komplexer Infrastrukturprojekte ist de facto nur noch möglich, wenn es gelingt, die Betroffenen angemessen einzubinden. Die Entscheidung allerdings, wer zu den Betroffenen zählt, lässt sich nicht mehr auf Grundlage von Ländergrenzen und abstrakten politischen Zuständigkeiten treffen. Das offene Prinzip sticht das abgrenzende. Zustimmung braucht Wahlrecht, Ablehnung braucht Willen, Energie, Vernetzung. Wer sich und seine Interessen und seine Haltung eingeschränkt sieht, findet im Digitalen im eigentlichen Sinne Grenzen-lose Möglichkeiten. Der Mechanismus selbst ist älter als Wackersdorf und Gorleben; getrieben durch die Effekte von Vernetzung, umfassender Messbarkeit gerade von Umweltfaktoren, allseits verfügbaren Modellen zur Berechnung von Einflüssen auf die alltägliche Lebenswelt, ist die Offenheit von gesellschaftlichen Projekten zu einem kritischen Erfolgsfaktor geworden. Insofern ist die Frage der Partizipation heute ein Thema des internationalen Wettbewerbs: Wem gelingt es noch, einen neuen Flughafen zu realisieren?

Natürlich: Digital Campaigner ist zu einem recht einträglichen Beruf geworden. Und manch einer, der vormals Bürgerversammlungen zur Weißglut treiben konnte oder seinen Argumenten ganz handfest mit Pflastersteinen Ausdruck verlieh, nutzt jede Form der Beteiligung zur Inszenierung. Regelrechte Popstars, jedenfalls aus Sicht der eigenen Fans. Die baltischen Staaten waren die ersten, die sowohl die Integrationskraft ihrer digitalen Staatsbürgerschaft erlebten – als auch die Managementbedürftigkeit dieser gemeinsamen Identität.

8. Die flexible Legislatur

Die Dauer des Mandats folgt den Themen des politischen Betriebs

So vertraut und so verlässlich der Turnus für alle Beteiligten des politischen und verwaltenden Betriebs auch über die Jahrzehnte geworden ist: 2029 findet sich kaum noch eine auch nur halbwegs ernstzunehmende Stimme, die der vier- oder fünfjährigen Legislaturperiode in den Parlamenten eine positive Wirkung bescheinigt – oder sie gar für ein Zukunftsmodell hält.

Die starre Legislatur ist, soweit sind sich nahezu alle Beobachter des politischen Betriebs einig, in doppelter Hinsicht unzureichend. Die vorgegebenen vier oder fünf Jahre sind einerseits deutlich zu kurz. Sie geben einen Takt vor, der von den routinierten Kräften gelassen und arbeitsam gefüllt wird. Auf Wahl folgt Koalitionsverhandlung, darauf Regierungsbildung; man verabredet sich auf einen Aufgabenkatalog für die aktuelle Wahlperiode, der anschließend mehr oder weniger erfolgreich abgearbeitet wird. Wesentliche Herausforderungen wie ein neues Bild von Arbeit, ein Multigenerationenvertrag, die Klimakatastrophe waren hier regelmäßig unter dem Radar geblieben. Sie hatten sich in einer Vierjahresperspektive niemals als das Thema Nummer eins erwiesen; außerhalb von Sonntagsansprachen waren sie zu keinem Zeitpunkt der 20er unter die praktisch bearbeiteten Fragen gelangt. Zugleich – und das war das Neue in den 20ern – erwiesen sich diese Themen als derart konfliktauslösend, dass sie sich in vielerlei Gewand doch auf den Agenden platzierten, dort nur häufig nicht strukturiert genug angegangen werden konnten.

Andererseits hat sich der definierte Vier-Jahres-Zeitraum immer wieder als Bremse erwiesen. Wenn strukturell der Gedanke im Vordergrund steht, einen verabredeten Themenkatalog binnen vier Jahren abzuarbeiten, dann ist „nächstes Jahr“ auch bei dringenden Themen viel zu häufig eine ausreichende Antwort. Urgent action wird allzuoft zu next year's action. Die Spannung zu den in immer schnellerer Folge aufkommenden Themen des politischen Betriebs ist in den 20er Jahren deutlich gewachsen. Im Rückblick ist deutlich: 2021, mehr noch 2025, war nach der Bundestagswahl schlicht nicht absehbar gewesen, welche Themen die Legislatur prägen würden. Die Verwaltungen spüren diesen Druck umso stärker. Sie finden sich mehr und mehr zwischen den Anforderungen einer sich technologisch immer schneller wandelnden Welt und können doch dem politischen Tempo nur nachlaufen.

Heute, im Jahr 2029, stehen wir kurz vor der nächsten Bundestagswahl. Die reflektierteren unter den Wahlkreiskandidaten geben es offen zu: Sie werden im Laufe ihrer Amtszeit Entscheidungen vorantreiben müssen, für die sie kaum noch ein Mandat beanspruchen können. Gesprächsrunden im Wahlkreisbüro und ein eher allgemeiner Vertrauensvorschuss genügen den Ansprüchen an Partizipation und Transparenz nicht mehr. Erste Abgeordnete fordern inzwischen die Möglichkeit, anlässlich großer politischer Themen ihr Mandat im eigenen Wahlkreis erneuern zu können. Ein Forum der politischen Stiftungen hat den Gedanken ins Spiel gebracht, ob Bürger einen solchen Schritt nicht sollten einfordern können; per Unterschriftensammlung, ähnlich einem Volksbegehren. Am weitesten geht eine Initiative jüngerer Abgeordneter unterschiedlicher Fraktionen. Sie denken kaum überhörbar in Hinterzimmern darüber nach, die Amtszeit direkt gewählter Abgeordneter zu verlängern und die der Listenmandate drastisch zu verkürzen. Damit könne das Wahlrecht die schwindende Bindungskraft der Parteien aufnehmen. Ein Gedanke ist quer zur Debatte inzwischen nahezu unwidersprochen akzeptiert: In naher Zukunft wird es das Modell „Eine einheitliche Legislaturperiode für alle“ wohl nicht mehr geben.

9. Umfassende Transparenz

C • Der Abgeordnete meiner Wahl

Transparenz in der Politik liefert keine neutralen Ergebnisse mehr und ist 2029 ein uneingelöstes Versprechen geworden. Systembedingt hatte die Digitalisierung schon in den 00er Jahren dazu geführt, dass personenbezogene Daten und wissenschaftliche Arbeiten von Personen des öffentlichen Lebens wie Politikern einseh- und überprüfbar wurden. Erste Konsequenzen folgten: Dokumentfälschungen wurden offenbar und beendeten Karrieren. Im Zuge dieser Entwicklung erlebte der Investigativjournalismus in Kooperation mit Plattformen wie Wikileaks und Whistleblowern wie Edward Snowden und Chelsea Manning in den 10er Jahren einen Höhepunkt. Sogar vermeintlich private Hinterzimmerdeals von Regierungsmitgliedern auf berühmten Ferieninseln gerieten in den Blick der Öffentlichkeit und der Justiz. Jeglicher Kommentar, jede Meinungsäußerung von prominenten Menschen – im öffentlichen wie im ehemals privaten Leben – wurden dokumentiert, verbreitet und kommentiert. War es 2016 noch ein Skandal gewesen, dass der amerikanische Präsident seine Steuererklärung nicht veröffentlichte, war es bereits Anfang der 20er Jahre kaum noch möglich, Dokumente überhaupt vor legaler oder illegaler Veröffentlichung zu schützen. Geheimhaltung war da schon zu einem eigenständigen Berufszweig geworden.

Der politische Betrieb musste lernen damit umzugehen, dass per default alles öffentlich ist. Lebenslauf und Abstimmungsverhalten waren ohnehin transparent; jetzt kamen persönliche Daten wie Gesundheitsstatus, die Höhe der Bezüge und Netzwerke hinzu. Wer die Dynamik verstand, stellte diese proaktiv auf seinen eigenen Plattformen zur Verfügung und hatte so wenigstens ein wenig Kontrolle über die begleitende Kommunikation. Doch ob selbst veröffentlicht, zurückgehalten oder ganz verweigert, letztlich standen die Daten der politischen Akteure und Mandatsträger öffentlich zur Verfügung. Zahlreiche Bürgerinitiativen, aber auch andere Akteure des politischen Betriebs fuhren ihre Analysen und veröffentlichten Erkenntnisse. Je nach Brisanz der veröffentlichten Daten konnte dies schnell in einen Walk of Shame für die Betroffenen münden oder gar den Endpunkt der politischen und teilweise aller beruflichen Karrieren bedeuten. Ende der ersten Hälfte der 20er Jahre galten alle wesentlichen Daten politischer Akteure als öffentlich, konnten jederzeit in einem der zahlreichen Transparenzregister abgerufen werden.

Ein eher statisches Verständnis von Transparenz, das fast schon altmodisch anmutet. Spätestens zur Mitte der 20 Jahre waren Tools zur automatisierten Analyse emotionaler Daten und Persönlichkeitsstrukturen ebenso einfach verfügbar wie handhabbar. Jeder öffentliche Auftritt eine sprudelnde Datenquelle. Mikrogesten und -mimiken, Stimmstruktur und Vokabular wurden analysiert und ausgewertet.

Zeitgleich vermochte jeder halbwegs versierte Bürger, seine persönliche Dating-App mit dem datenbasierten Profil der politischen Akteure zu beschicken, um bei Wahlentscheidungen nach dem geeigneten Politik-Partner zu suchen. Das Vertrauen in meinen Kandidaten wurde messbar. Um im Ansatz so etwas wie Kontrolle über die Profile zu behalten, gingen Politiker dazu über, die entsprechenden Profile selbst zu pflegen. An dieser Stelle entstand das Bias: Die eigenen Daten wurden geschönt, die von Konkurrenten verfälscht, im Analyseverfahren setzte man die eigens trainierten Algorithmen ein. Sie lieferten keine Daten mehr, sondern Wahrheiten. Heute, im Jahr 2029, gibt es keine neutralen Ergebnisse mehr – die Transparenz in der Politik hat sich selbst überholt.

10. Klimakatastrophe, Wandel der Arbeit, Digitalisierung, Generationenvertrag, nationale Identität

C • Die politischen Themen der 20er

Fünf Themen haben sich in den zurückliegenden Jahren als prägend erwiesen und eines ragt selbst in dieser Reihe deutlich heraus. Wer 2019 noch gedacht hatte, die Klimakatastrophe sei letztlich doch nur ein Hype und das Sommerlochthema 2019, durfte erleben, wie sowohl die praktischen Auswirkungen eines veränderten Klimas als auch die teils drastischen Veränderungen des Konsums und der Wirtschaft die Debatte beherrschten. Der Migrationsdruck auf Europa steigt nach wie vor, die Zahl der Wetterextreme ebenso. Energieversorgung, Nachhaltigkeit, Mobilität - letztlich wird kaum noch ein übergeordnetes Thema ohne Referenz zur Klimakatastrophe diskutiert.

Vier weitere Themen stehen sinnbildlich für die politische Kommunikation der 20er Jahre: Arbeit, Digitalisierung, die "Allianz-Krise" und die nationale Identität.

Der Wandel der Arbeit: Das Verschwinden einzelner Berufe ist auch in den 20ern immer für eine Schlagzeile gut gewesen. "Hier spricht der letzte Taxifahrer Berlins", "Lokführer Martin (48) fährt aufs Abstellgleis" und dergleichen mehr. Die technologische Entwicklung, grundlegend veränderte Arbeitsweisen und Organisationsformen, immer mehr Selbstständige - in der Langzeitbetrachtung zeigt sich allerdings ein anderer Aspekt als zentral: Wir arbeiten immer weniger. In der Folge entkoppeln sich Arbeit und Sinn immer stärker. Es ist gesamtgesellschaftlich kaum noch genug Arbeit zu vergeben, um wie früher die eigene wirtschaftliche Existenz davon abhängig machen zu können.

Die Digitalisierung beschleunigt nicht nur den Wandel der Arbeit. Sie verschärft auch die Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Man hätte es bereits 2019 ahnen können: Der flächendeckende Ausbau von Internet und Mobilfunk ist auch heute noch nicht abgeschlossen. In Europa ist "Kartoffelnetz" zu einem geflügelten Wort für unzureichenden Mobilfunk geworden. Die Menschen stimmen mit den Füßen ab. Aus dem ländlichen Raum ziehen die Menschen schneller weg, als die Breitbandkabel verlegt werden können. Ganze Landstriche gelten formell als unbewohnt. Die Digitalisierung hat uns 2029 zu einer Diskussion um die kontrollierte Abwicklung regionaler Infrastruktur geführt.

Das, was später in der "Allianz-Krise" gipfelte, begann mit einer guten Nachricht. Die Menschen in Deutschland werden erheblich älter. Die Zahl der Krebs-Toten schwindet zusehends, in Echtzeit auf körperliche Bedürfnisse eingestellte Nahrung hebt die Konstitution auf völlig neues Level. 90 ist das neue 60. Die Zahl der Alten und der Sehr Alten wächst sprunghaft - und mit ihr die Lücke in den Sozialsystemen. Eine absehbare Entwicklung - im Rückblick. Dennoch kam die dramatische Schieflage der großen Lebensversicherer 2027 wie ein Schock. Ein neuer Vielgenerationenvertrag ist 2029 immer noch in der Diskussion.

Die nationale Identität war im Laufe der 20er Jahre immer weniger ein Thema der rechten Parteien, trotz aller Lautstärke. Vielmehr erweist sich die Frage von Bindung und Zusammenhalt auf vielen Ebenen als immer komplexer. Zwischen den starken Zugkräften einer forcierten Einigung im Kerneuropa und den Zentrifugalkräften der zahlreichen digitalen und analogen Communities, deren Zuschnitt kaum auf geografischer Nähe beruht, tritt das verbindende, der Kern einer nationalen Identität immer weiter in den Hintergrund.

C Impressum

Urheber:

Dieses Whitepaper wurde herausgegeben durch das carl institute for human future. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist der Director Herr Michael Carl. Für Fragen, Anmerkungen und Kommentare stehen Ihnen folgende

Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung:

carl institute for human future
Gießerstraße 49c
04229 Leipzig
Deutschland
Telefon: +49 170 151 980 0
E-Mail: kontakt@future-carl.institute

Lizenz:

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>



Sie finden dieses Whitepaper veröffentlicht auf der Website des carl institute for human future unter <https://future-carl.institute/politik-2029-whitepaper-zur-zukunft-von-regierung-und-politischer-kommunikation/>

Für Zitate wird folgende Zitierweise empfohlen:

Carl, M. (2019): Politik 2029.
Whitepaper des carl institute for human future. Leipzig
<https://future-carl.institute>
Veröffentlicht am: 22.08.2019
Gefunden am XX.XX.XXXX